

## Grundstückspreise deutlich gestiegen

### Gutachterausschuss hat neue Bodenrichtwerte beschlossen

Der Gutachterausschuss hat am 21. Oktober 2020 die Bodenrichtwerte für die Stadt Freiburg rückblickend zum Stichtag 31. Dezember 2019 beschlossen. Damit liegen nun aktuelle Werte für 511 Bodenrichtwertzonen vor. 298 dieser Zonen sind Wohnbauflächen, 182 gemischte Bauflächen und 31 gewerbliche Flächen.

Erstmals hat der Ausschuss auch flächendeckend Bodenrichtwertzonen für den Geschosswohnungsbau ermittelt. Bislang gab es das nur für Ein- und Zweifamilienhäuser. Bei diesen hat der Gutachterausschuss eine Wertsteigerung von 10 Prozent in der Stadt und von 15 Prozent in den Tuniberggemeinden und Hochdorf innerhalb eines Jahres ermittelt. Im Geschosswohnungsbau (ohne Altstadt) liegt die Steigerung mit Ausnahmen bei 10 Prozent. Die Werte in der Altstadt sind seit 2016 auf hohem Niveau überwiegend konstant geblieben.

Die Quadratmeter-Werte für Ein- und Zweifamilienhäuser liegen in den Gemarkungen Freiburg, Kappel, Ebnet und Lehen zwischen 400 und 1400 Euro, in den Tuniberggemeinden und Hochdorf bei 290 bis 580 Euro.

Für den Geschosswohnungsbau mit und ohne gewerblichen Anteil ergeben sich Quadratmeterwerte in Freiburg (ohne Altstadt), Kappel, Ebnet und Lehen zwischen 520 und 3100 Euro. Werte über 2000 Euro finden sich in besonders dicht bebauten Lagen, die an die Altstadt grenzen, und im Stadtteil Brühl.

Im Gegensatz zu Grundstücken für eine Wohnbebauung sind die Bodenrichtwerte für gewerbliche Flächen bis auf eine kleine Zone am Güterbahnareal konstant geblieben. Der Quadratmeterwert beläuft sich hier auf 140 bis 500 Euro. Die Spitzenwerte befinden sich im Bereich des ehemaligen Güterbahnhofs Nord.

Bei Flächen der Land- und Forstwirtschaft liegt der Bodenrichtwert für Ackerland bei 4 Euro, für Grünland bei 3 Euro, für Gartenland bei 6 Euro (Tuniberggemeinden und Hochdorf) und 16,50 Euro (Gemarkung Freiburg), für Rebland bei 5,50 Euro und für Wald bei 2,50 Euro je Quadratmeter.

Die Bodenrichtwerte 2019 sind über [www.freiburg.de/stadtplan](http://www.freiburg.de/stadtplan) kostenlos abrufbar. Gegen eine Gebühr von 31,39 Euro wird eine flurstücksbezogene Bodenrichtwertbescheinigung erstellt.

Fragen beantwortet die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses unter Tel. (0761) 201-4234 (Mo–Fr 9 bis 12.30 Uhr) oder unter [gutachterausschuss@stadt.freiburg.de](mailto:gutachterausschuss@stadt.freiburg.de)

### Infokasten: Stichwort

**Bodenrichtwert:** Alle zwei Jahre muss der Gutachterausschuss die Bodenrichtwerte anhand gesetzlicher Vorgaben ermitteln. In bebauten Gebieten ist der Wert anzugeben, der sich ergeben würde, wenn der Boden nicht bebaut wäre. Das Baugesetzbuch definiert ihn als durchschnittlichen Lagewert des Bodens für eine Mehrheit von Grundstücken, für die im Wesentlichen gleiche Nutzungs- und Wertverhältnisse vorliegen. Dabei muss der Gutachterausschuss den Entwicklungszustand der Grundstücke (baureifes Land, Rohbauland, Bauerwartungsland, Flächen der Land- und Forstwirtschaft) berücksichtigen und wertbeeinflussende Merkmale wie die Geschossflächenzahl angeben.

Von Bedeutung sind Bodenrichtwerte bei der steuerlichen Bewertung, bei der Ermittlung von Immobilienwerten und für städtebauliche Belange.

Der Gutachterausschuss der Stadt Freiburg wurde mit dem Bundesbaugesetz von 1960 eingerichtet. Er ist eine selbstständige, unabhängige und weisungsungebundene staatliche Institution aus überwiegend externen Immobilienexperten. Der Ausschuss schafft Transparenz für alle, die auf dem Grundstücks- und Immobilienmarkt tätig sind.

# Hurrikans verwüsten Wiwili

Über 1200 Menschen evakuiert – Zwei Todesopfer sind zu beklagen

Schwere Überschwemmungen und Erdbeben haben zwei dicht aufeinander folgende Hurrikans in den letzten Tagen in Freiburgs Partnerstadt Wiwili verursacht. Wie der Freiburger Stadtverwaltung jetzt mitgeteilt wurde, mussten mehr als 1200 Menschen evakuiert werden, mehrere Brücken und viele Häuser wurden zerstört. Auch zwei Todesopfer wurden gemeldet. Viele Menschen müssen nun in Notunterkünften untergebracht werden. Hinzu kommen noch kaum abschätzbare Schäden durch Ernteauffälle in der Landwirtschaft.

All dies zusammen hat die durch die Coronakrise angespannte Lage in Nicaragua noch einmal verschärft. Die Stadt Freiburg und der Freiburger Wiwili-Verein sind in Kontakt mit der Partnerstadt und prüfen alle Möglichkeiten der Unterstützung.

Auch Oberbürgermeister Martin Horn bittet die Freiburger Bürgerschaft um Hilfe: „Wenn auch Sie helfen möchten, freuen wir uns über jede Spende.“ Hierfür hat die Stadt eigens ein Spendenkonto eingerichtet:

Stadt Freiburg im Breisgau, IBAN: DE63 680 501 010 002 010 012, Verwendungszweck: „Nothilfe Wiwili“

# Eine Schule für alle im Dietenbach

## Gemeinderat entscheidet über 11,5 Millionen Euro Planungsmittel

Für Gerda Stuchlik schließt sich ein Kreis: Zu Beginn ihrer Tätigkeit als Schulbürgermeisterin weihte sie vor 23 Jahren im Rieselfeld eine Schule ein, die für einen neu gebauten Stadtteil noch ohne Schulgemeinschaft und -leitung geplant wurde. Zum Ende ihrer Dienstzeit hat sie jetzt die Planungen für ein ganz ähnliches, aber weit umfassender dimensioniertes Projekt im Dietenbach auf den Weg gebracht.

„Das wird keine Schule, wie wir sie kennen“, macht Schulamtsleiter Herrmann Meier auf der Pressekonferenz deutlich. Als Gemeinschaftsschule mit Sekundarstufe und gymnasialer Oberstufe wird sie alle Schulabschlüsse ermöglichen – und mit inklusivem Unterricht alle Kinder des Stadtteils aufnehmen. „Das wird eine Schule für alle“, so Gerda Stuchlik.

Rund 1500 Schülerinnen und Schüler werden die Schule im Endausbau besuchen, wobei „Schule“ nicht mehr in dem Sinn zu verstehen ist wie es heute üblich ist. Klassenzimmer im herkömmlichen Sinn wird es kaum noch geben. Modernes Lernen in Clustern und Lerngruppen braucht viele kleinere Räume, aber auch größere, wo als „Marktplatz“ Wissen ausgetauscht und präsentiert werden kann. Für die gymnasiale Oberstufe muss das Gebäude eher einer universitären Umgebung gleichen – auch hier wird individualisiertes Lernen großgeschrieben.

Der neue Schulcampus wird auf einem 34 000 Quadratmeter großen Grundstück gebaut. Dort soll eine sechs- bis siebenzügige Grundstufe entstehen, außerdem eine vierzügige Sekundarstufe und eine zweizügige gymnasiale Oberstufe. Auf dem Campus soll auch ein Kinder- und Jugendtreff integriert werden. Baubeginn soll 2026 sein, ab dem Schuljahr 2027/28 könnten in Dietenbach die ersten Kinder unterrichtet werden. „Sehr ambitioniert“ nannte Gerda Stuchlik diesen Zeitplan, der sich aber mit den Planungen des Baubürgermeisters deckt: Ende 2025 könnten die ersten Häuser im Dietenbach fertig sein. Der Gemeinderat berät am 8. Dezember über das Thema. Vorgesehen ist der Grundsatzbeschluss für den Bau der Schule sowie die Genehmigung einer Planungsrate von 11,5 Millionen Euro, die die Ausarbeitung einer Entwurfsplanung mit Kostenrechnung einschließlich der Wettbewerbs- und Vergabekosten beinhaltet. Das Gesamtprojekt wird derzeit – mit sehr dickem Daumen – auf mindestens 100 Millionen Euro geschätzt.

# Querformat

## Erinnere Dich

Ein bronzenes Band mit der Inschrift „Erinnere Dich“ unterstreicht jetzt die besondere Bedeutung des Gedenkbrunnens am Platz der Alten Synagoge. Seit Eröffnung des Brunnens 2017 hatten immer wieder Besucher ein angemessenes Verhalten vermissen lassen. Das insgesamt 96 Meter lange bronzenes Band liegt in einem rechteckigen Rahmen um den Brunnen und ist nachts beleuchtet. Die Worte „Erinnere Dich“ sind in acht Sprachen zu lesen, nämlich auf Deutsch, Hebräisch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Arabisch und Russisch. Voraussichtlich im Frühjahr soll zusätzlich eine digitale Infosteile errichtet werden. Auch ein bronzenes Modell der 1938 zerstörten Synagoge soll im Laufe des nächsten Jahres aufgestellt werden.

# Aus den Fraktionen

Die Beiträge dieser Seite werden inhaltlich von den Parteien und Gruppierungen im Gemeinderat verantwortet. Der Textumfang orientiert sich an der Anzahl der Sitze im Gemeinderat.

## Grüne

### **Fridays for Future: Forderungen prüfen!**

Die Grünen-Gemeinderatsfraktion begrüßt die am Freitag an OB Horn und Umweltbürgermeisterin Stuchlik übergebenen Forderungen von Fridays for Future Freiburg. „Fridays for Future erinnert uns immer wieder daran, dass wir beim Klimaschutz auf Kurs bleiben müssen – gerade auch in der Coronakrise. Die Stadt muss sich nun mit den vorgelegten Forderungen ernsthaft auseinandersetzen“, so Sophie Schwer, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen. „Als Gemeinderäte werden wir uns dafür einsetzen, dass dies auch geschieht und im nächsten Doppelhaushalt eine klare klimapolitische Handschrift zu erkennen ist.“

Für die Grünen-Fraktion zentral sind dabei die Forderungen nach einer Wärmewende, dem Ausbau der erneuerbaren Energien und dem Umbau der Verkehrsinfrastruktur hin zum Umweltverbund aus Bus, Bahn, Rad- und Fußverkehr.

### **Webinar: „Schule digital:Wie? Wo? Warum?“**

Schon längst durchdringt das Digitale nahezu alle Lebensbereiche. Umso wichtiger ist es, frühzeitig zu lernen, digitale Medien selbstbestimmt und verantwortungsvoll zu nutzen. An Schulen gibt es hierbei noch Nachholbedarf. Das zeigt uns die Corona-Pandemie stärker denn je. Es lohnt sich daher, einen Blick auf funktionierende Konzepte zu richten. Wo ist Digitalisierung an Schulen sinnvoll? Was funktioniert bereits? Und was braucht es, um gute Konzepte auch flächendeckend in der Praxis umzusetzen?

Für diese und weitere Fragen laden wir herzlich ein zu unserer Online-Veranstaltung „Schule digital: Wo? Wie? Warum“ am Mi, 2.12., um 19 Uhr mit den Expert\*innen für digitale Bildung, Marina Weisband und Dejan Mihajlovic. Moderieren wird die Veranstaltung Stadträtin Nadyne Saint-Cast.

Die Teilnahme ist kostenlos. Bitte melden Sie sich für die Zugangsdaten bis Mi, 2.12., um 10 Uhr an unter [fraktion@gruene-freiburg.de](mailto:fraktion@gruene-freiburg.de) und senden Sie gern Fragen vorab.

### **B3/Zähringer Straße: Schnelle Verkehrsentslastung notwendig**

Die Planungen zur B3-Umfahrung in Zähringen sollen angepasst werden und die Verkehrsentslastung von Bahn- und Radwege-Ausbau mit einbeziehen. Stadträtin Nadyne Saint-Cast dazu: „Es ist gut, dass die Verkehrsentslastung durch den Ausbau von Bahn- und Radinfrastruktur in eine abgespeckte Pkw-Umfahrung einfließt.“

Die Grünen-Fraktion im Freiburger Gemeinderat fordert, dass die Zähringer Straße auch jetzt schon schnell von Verkehr entlastet werden soll. Für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen müsse durch Temporeduzierung, breitere Fuß- und Radübergänge mehr Sicherheit geschaffen werden. „Wir können nicht bis zum Bau der Umfahrung warten. Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen brauchen jetzt mehr Sicherheit. Viele Menschen überqueren täglich diese viel befahrene Straße“, so Stadträtin Saint-Cast.

# Eine Stadt für alle

## Verdrängung löst Probleme nicht

Der Jahresbericht der Wohnungslosenhilfe ist eine gute Gelegenheit, um über Obdachlosigkeit zu sprechen, über ein Thema, das häufig unterzugehen droht. Kein Wunder, denn Armut und Bedürftigkeit haben – so die leider weitverbreitete Annahme – in den Innenstädten und im Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit nichts verloren. Die Kehrtwende vor einiger Zeit, die Polizeiverordnung strikter anzuwenden, hatte leider Erfolg: Es gab eine Abnahme obdachloser Personen in der Innenstadt, jedoch eine Zunahme außerhalb dieses Bereichs. Diese Entwicklung ist brandgefährlich für die Betroffenen, die in der Innenstadt deutlich sicherer und für Hilfs- und Unterstützungsangebote besser ansprechbar sind. Außerdem geraten die Problemlagen so aus dem Blickfeld. Wohnungslosigkeit wird durch die wohnungspolitischen Entwicklungen verschärft. So verwundert es kaum, dass von den vielen Zwangsräumungen ein großer Teil auf Mietrückstände zurückgeht. Doch auch Eigenbedarfskündigungen sind ein riesiges Problem. Diese Probleme hat die kommunale Wohnungsnotfallhilfe zum Glück erkannt und hat die Prävention und die Anschlussversorgung als Zielsetzung festgelegt.

Wer einmal wohnungs- oder obdachlos ist, hat es schwer, eine neue Bleibe außerhalb des Hilfesystems zu finden. Kein privates Wohnungsunternehmen ist bereit, diese Menschen mit Wohnraum zu versorgen – auch nicht die Genossenschaften, die sich oft als soziale Vermieter inszenieren. Als Stadt ist es deswegen unsere Aufgabe, bei Grundstückvergaben darauf zu drängen, Wohnraum für wohnungslose Personen zu schaffen. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass es sich dabei häufig um ganze Familien mit minderjährigen Kindern handelt.

## Sichere und würdige Unterbringung gewährleisten

Der aktuelle Bericht der Wohnungslosenhilfe ist frustrierend und besorgniserregend. Die Kapazitäten in der Notfallunterbringung sind bei weitem nicht ausreichend. Die Unterbringung vieler Menschen auf engstem Raum war schon zuvor ein Problem, doch stößt es in Zeiten der Kontaktbeschränkungen vollends an ihre Grenzen. Nun wäre ein geeigneter Zeitpunkt, sich neue Konzepte zu überlegen, um wohnungslosen Menschen eine sichere und menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten. Außerdem stehen wir vor einer großen Herausforderung: Zwangsräumungen wurden infolge von Corona zwar ausgesetzt, aber das löst das zugrundeliegende Problem nicht. Zumal viele Menschen derzeit mit gravierenden Einnahmeausfällen konfrontiert sind. Mietrückstände werden größer, und damit sind nach Wiederaufnahme von Zwangsräumungen mehr Menschen gefährdet, ihre Wohnungen zu verlieren. Mit dieser Problematik sollten wir uns jetzt beschäftigen und Konzepte entwickeln, um es nicht soweit kommen zu lassen.

(Angelina Flaig und Felix Beuter)

## **SPD/Kulturliste**

### **Wie schafft man die Verkehrswende?**

In großen Schritten sausen wir in Richtung 2021 und müssen leider feststellen, dass die Fahrgastzahlen bei Bus und Bahnen aufgrund der Pandemie erheblich zurückgegangen sind. Eine Erholung ist vorerst nicht in Sicht. Neben dem Einhalten von Hygieneregeln und dem medizinischen Fortschritt sind attraktive Angebote entscheidend, um wieder mehr Kund:innen für den ÖPNV zu gewinnen.

Damit Autofahrer von den Vorteilen des ÖPNV überzeugt werden, genügt es bei weitem nicht, einfach Parkplätze zu streichen. Als Fraktion SPD/Kulturliste sind wir der festen Überzeugung, dass wir die Menschen mitnehmen und Angebote unterbreiten müssen, die diese umweltfreundliche Fortbewegung attraktiver gestalten. Allerdings auch in dem Wissen, dass es immer Menschen geben wird, die nicht auf das Auto verzichten können.

### **ÖPNV: Freiburg führt E-Ticket ein**

Nach der Einführung von Kurzstrecken- und Sozialticket sehen wir in einem E-Ticket eine Chance, zusätzliche Kund:innen zu gewinnen. Mit dem E-Ticket zahlt man exakt nach gefahrenen Kilometern. So könnten die 650 Meter von Johanniskirche bis Bertoldsbrunnen mit dem Smartphone präzise und bargeldlos abgerechnet werden. „Ein solches Angebot ist gerade für die Freiburger:innen wichtig, die gelegentlich kurze Strecken fahren. Der Einzelfahrschein ist für diese Strecken zu teuer, und eine Regiokarte rentiert sich für Gelegenheitsfahrer erst recht nicht“, so Stefan Schillinger, mobilitätspolitischer Sprecher. Unsere Fraktion erwartet, dass das E-Ticket im kommenden Jahr zunächst mit Testläufen angegangen und daraufhin umgesetzt wird.

Neben dem Ausbau des Straßenbahnnetzes, unter anderem nach Littenweiler, gilt es gleichzeitig die Bedingungen für den Fuß- und Radverkehr weiter zu verbessern. „Die zahlreichen Unterstützer des Fuß- und Radentscheids untermauern das berechtigte Interesse für bessere Bedingungen für die diejenigen, die vor allem mit dem Rad und zu Fuß unterwegs sind. Darum fordern wir von der Verwaltung mehr Personal und Geld im Haushaltsentwurf unterzubringen“, so Julien Bender, Mitglied im Mobilitätsausschuss. Alle drei genannten Beispiele – Straßenbahnausbau, E-Ticket und Verbesserungen für den Radverkehr – sind notwendig, um die Verkehrswende zu schaffen. Kurzum: Der Mix macht's.

## Stabwechsel in der Fraktion

Nach 21 Jahren wurde Stadtrat Berthold Bock in der letzten Sitzung des Gemeinderats feierlich verabschiedet. Er betont: „Für die vielen Jahre, in denen ich mich für das Wohl der Menschen in Freiburg einsetzen durfte, bin ich sehr dankbar.“ Weit über 50 Jahre lang übernahm er vielseitige ehrenamtliche Aufgaben in ganz unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft. Der gebürtige Freiburger und „Haslacher aus Leidenschaft“ hatte in all der Zeit als Stadtrat viele politische Schwerpunkte, die vom Wohnen über die Sicherheit bis zum Sozialen reichten. Eine Herzensangelegenheit war für ihn dabei immer die Jugendarbeit, die er mit ausgewiesener Fach- und Sachkenntnis begleitete. Carolin Jenkner, unsere Fraktionsvorsitzende, ergänzt: „Mit ihm geht nicht nur ein reicher Erfahrungsschatz des Freiburger Gemeinderats, sondern vor allem auch ein zu jeder Zeit verlässlicher Partner. Wir bedanken uns sehr bei ihm für seinen großen Einsatz für die Allgemeinheit.“ Wir wünschen ihm persönlich viel Erfolg bei all seinen zukünftigen Projekten und bereichernde Momente mit Familie und Freunden im wohlverdienten Ehrenamts-Ruhestand.

Gleichzeitig heißen wir Peter Kleefass in der Fraktion herzlich willkommen. Auf die Zusammenarbeit mit ihm freuen wir uns sehr. Er tritt dieses Amt gerne an: „Ich freue mich, meine Erfahrungen aus Beruf und Ehrenamt für das Gemeinwohl einbringen zu können.“ Seit 2004 wohnt Kleefass in Zähringen, wo er sich heimisch fühlt und sich aktiv im Bürgerverein einbringt. Von 2015 bis 2019 war er Vorsitzender der CDU Freiburg. Besonders am Herzen liegt ihm seine ehrenamtliche Tätigkeit in der katholischen Kirchengemeinde. Peter Kleefass übernimmt von Berthold Bock die Aufgabe als Sprecher der Fraktion im Kinder- und Jugendhilfeausschuss. Er möchte sich für hohe Standards im sozialen Bereich und mehr Qualität in der schulischen Bildung einsetzen. Wichtig ist ihm auch, als Zähringer Stadtrat für die Belange des Freiburger Nordens Ansprechpartner zu sein. Sein Engagement im Gemeinderat möchte er weniger nach Einzelinteressen, sondern viel mehr den Blick auf das Gemeinwohl richten. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist in der aktuellen Zeit wichtiger denn je – genau dort möchte Peter Kleefass ansetzen und Freiburg zukunftsfähiger machen.



# Jupi

## Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein wichtiger Standortfaktor für Freiburg. „Eine lebendige Club- und Kulturszene trägt maßgeblich zur Attraktivität unserer Stadt bei“, erklärt Stadträtin Maria Mena, „diese ist wichtig, um junge und kluge Köpfe anzuziehen und diese auch nach dem Studium in den diversen Forschungseinrichtungen und unserer wissenschaftsbasierten Wirtschaft halten zu können.“ In Freiburg hat sich in den letzten Jahren zudem eine innovative Start-up-Szene entwickelt, deren Potenzial gezielt gefördert werden muss. Das wollen wir angehen!

### Hilfen für Pop- und Subkultur

Clubs und viele Musikspielstätten haben seit Monaten mit starken Umsatzeinbußen zu kämpfen. Nachdem insbesondere Clubs auf absehbare Zeit weiterhin geschlossen bleiben müssen, muss die Kommune dafür sorgen, dass nicht noch mehr Clubs dem Clubsterben zum Opfer fallen. Wir schlagen daher ein vierstufiges Rettungsprogramm vor:

1. Zum Erhalt soll nochmals ein Rettungsfonds über 100 000 Euro für Clubs und Musikspielstätten ausgeschrieben werden.
2. Die Stadt soll eine Potenzialanalyse für Orte für Clubs und Spielstätten erstellen.
3. Für mutige Gründer\*innen wollen wir zinslose Kredite für Neugründungen von Clubs und den barrierefreien Ausbau bereitstellen.
4. Um Konflikte mit Anwohner\*innen früh begegnen zu können, soll ein\*e Nachtbürgermeister\*in beschäftigt werden.

Alle unsere Stadtvisionen gibt es auf [www.jupi-freiburg.de/stadtvisionen](http://www.jupi-freiburg.de/stadtvisionen)

# FDP/Bürger für Freiburg

## Doch noch eine Chance für die Eishalle?

Anfang Oktober hat die Stadtverwaltung verkündet, dass der notwendige Bau eines neuen Eisstadions derzeit durch die Stadt nicht finanzierbar ist. Da vor Ablauf der derzeitigen Betriebsgenehmigung für die Echte-Helden-Arena 2024 nicht mehr viel Zeit bleibt, hat unsere Fraktion daraufhin die Rathaus spitze aufgefordert, nach weiteren Möglichkeiten zu suchen, eine neue Halle zu finanzieren.

„Es geht um den Eissport in der ganzen Region. Das betrifft natürlich den Spitzensport mit dem EHC, aber auch den Breitensport trifft es massiv.“, findet unser sportpolitischer Sprecher Franco Orlando.

In der Antwort auf unsere Anfrage dazu hat sich die Stadt nun bereit erklärt, ergebnisoffen auch mit Privaten zu verhandeln. Dass auf Druck aus dem Gemeinderat hin jetzt Bewegung in die Sache kommt, ist ein ermutigendes Zeichen und ein erster wichtiger Schritt auf dem langen Weg zu einer neuen Halle.

Unser Fraktionsvorsitzender Sascha Fiek meint dazu: „Wir drängen darauf, dass jetzt schnell Gespräche mit potenziellen Investoren geführt werden und tatsächlich, so wie angegeben, ergebnisoffen verhandelt wird, wie man zu einer Lösung gemeinsam kommen kann.“

Wir bleiben bei unserer Haltung, dass Stadt und Gemeinderat alles dafür tun müssen, auch in schwierigen Haushaltszeiten dem Eissport in Freiburg eine Chance zu geben. Nach der Antwort der Verwaltung haben wir nun den Eindruck, dass wir nicht am Ende der Reise stehen, sondern noch am Anfang. Damit kann zumindest ein bisschen Hoffnung für Eissportfans und den EHC auf eine Zukunft in Freiburg aufkeimen.“

# Freie Wähler

## Tempo 40 – Wo (k)ein Wille, da (k)ein Weg

Ende März 2020 haben die Freien Wähler einen Vorstoß gewagt, um die Möglichkeiten einer generellen Geschwindigkeitsregelung von 40 km/h im Stadtgebiet zu prüfen. Vorangegangen waren der Regulierungswahn und die für normale Verkehrsteilnehmende nicht mehr nachzuvollziehenden Geschwindigkeitsregelungen, die offensichtlich einen für die städtischen Finanzen sehr willkommenen Nebeneffekt haben: Die Bußgeldkasse klingelt kräftig. Manch einer nennt das Abzocke.

Die Antwort der Verwaltung war ernüchternd: Es fehle an einer gesetzlichen Grundlage. Mitgeteilt wurde auch, dass man zwar einer solchen Lösung „offen gegenüberstehe“, dass aber leider ein entsprechender Vorstoß sowohl vom Bundesverkehrsministerium als auch vom Ministerium für Verkehr in Stuttgart abgelehnt wurde.

Im Zuge unserer Recherchen erfuhren wir, dass die Stadt Frankfurt a. M. ab Januar 2021 in der Innenstadt Tempo 40 einführt. Aber nicht nur in Hessen klappt das, was in Freiburg scheinbar nicht umzusetzen ist. Auch Städte in Baden-Württemberg haben unlängst großflächig Tempo-40-Zonen eingeführt. Darunter sogar die Landeshauptstadt Stuttgart.

Dass es keine gesetzliche Regelung für eine generelle Geschwindigkeit von 40 km/h innerorts gibt, war uns natürlich zum Zeitpunkt der Antragstellung klar. Dafür müssen individuelle Lösungen gefunden werden und gewollt sein!

Wir haben deshalb erneut bei der Verwaltung angefragt, ob sie sich z. B. eine an die Stadt Frankfurt a. M. angelehnte Regelung für Freiburg vorstellen kann und folglich die Bereitschaft zu einem Entwicklungsprozess besteht. Eine einheitliche Geschwindigkeitsregelung würde nicht nur der Umwelt sowie dem Klima zugutekommen, sondern maßgeblich zu einer Vereinfachung der Verkehrsregelung beitragen.

# AfD

## Abgekartetes Spiel?

Im Februar 2021 steht die Wahl unseres neuen Umwelt- und Bildungsbürgermeisters an. Die bisherige Leiterin des Dezernates II, Frau Stuchlik, geht in Rente. Ziel muss folglich sein, die bestmögliche Wahl zu treffen. Und zwar eine, die diesen Namen auch verdient.

Folgerichtig wurde die Stelle bundesweit ausgeschrieben. Fünf teilweise exzellente Bewerbungen sind eingegangen. Warum so wenig für solch einen Prestigeposten Umweltbürgermeister in der „Green City“?

Weil die Grünen schon bekannt gegeben haben, wen sie gerne im Amt sehen möchten. Nämlich Frau Christine Buchheit, passendes Parteibuch und mit einer beachtlichen Politkarriere von der Lektorin bis hin ins Auswärtige Amt. Familienpolitik, Umweltpolitik, Bildungspolitik? Fehlanzeige. Dafür eine gescheiterte Kandidatur für die Grünen als OB in Lahr. Trostpflaster: Dezernat II in Freiburg.

Andere Kandidaten sind Volljuristen mit Erfahrung im Oberschulamt Freiburg oder langjährige Kommunalpolitiker und Bürgermeister einer kleinen Gemeinde.

## Wahlsimulation statt ordentliches Verfahren

Wir meinen: Alle anhören und den besten Bewerber wählen. Es scheint aber noch nicht einmal eine Vorstellung im Gemeinderat gewünscht. Großes Augenrollen, als die AfD dies einfordert. Geplant war bisher: Bewerber auf einen Zettel und eine Wahlsimulation vorbereiten. Schließlich haben die Grünen samt linkem Fortsatz im Gemeinderat sich ja schon entschieden. Die CDU scheint auch kein Interesse an einem transparenten Prozess zu haben. Wir jedenfalls werden dafür Sorge tragen.

# Freiburg Lebenswert

## Keine Baumfällungen für Dietenbach?

Im Vorfeld des Bürgerentscheids zum Stadtteil Dietenbach wurden seitens der Stadtverwaltung einige besänftigende Aussagen gemacht – vermutlich, um das Abstimmungsergebnis in ihrem Sinne zu beeinflussen. So betonte sie, dass mit dem Bau dieses Stadtteils „die Eingriffe in die Natur vergleichsweise gering seien“. Die Vernichtung von zig Hektar Wiesen und Äcker ist ein geringer Eingriff im Vergleich zu was? Zu den großflächigen Brandrodungen im brasilianischen Amazonasbecken? Dann ist er sicher „vergleichsweise“ gering! Aussagekräftiger sind da schon die Äußerungen des Projektleiters dieser städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme. „Für Dietenbach muss kein einziger Baum gefällt werden!“, verkündete Rüdiger Engel auch überregional beispielsweise in der „Augsburger Allgemeine“ vom 22.2.2019. Nun wird eine Abholzung von 4,4 Hektar Wald zwischen Rieselfeld und Dietenbach geplant. Es sollen also rund 3000 Bäume gefällt werden! Mal abgesehen davon, dass die vielfältigen Eigenschaften eines bestehenden Waldes wie CO<sub>2</sub>-Speicher, Lebensraum vieler Tiere und Pflanzen, Erholungsfunktion für Menschen usw. nicht ansatzweise durch irgendwelche gewissenberuhigende „Ausgleichsmaßnahmen“ ersetzt werden können, so muss man sich doch schon fragen, wieso folgenlos von dieser Zusage „kein einziger Baum“ abgewichen werden darf.

# 52 Männer und Frauen kandieren für den Migrantenbeirat

Wahl findet am 13. Dezember statt – Wahlbenachrichtigungen wurden verschickt

In diesen Tagen hat das städtische Wahlamt rund 33 000 Benachrichtigungen für die Migrantinnen- und Migrantenbeiratswahl verschickt. Die Wahl, die ursprünglich am 24. Mai hätte stattfinden sollen, war wegen der Pandemie auf Dezember verschoben worden.

Seit Jahrzehnten engagiert sich der Migrantenbeirat, früher der Ausländerbeirat, für die Interessen der Menschen mit Migrationshintergrund in Freiburg. Der Beirat hat 19 Mitglieder, die alle fünf Jahre in unmittelbarer, freier und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt werden. Er vertritt die Interessen der Freiburger Migranten und Migrantinnen und ist in den Ausschüssen für Migration und Integration sowie für Schule und Weiterbildung vertreten. Der Beirat engagiert sich für Integration ohne Verlust der eigenen Identität, für bessere Bildungschancen und gegen Fremdenhass und Diskriminierung.

Wahlberechtigt sind alle Ausländerinnen und Ausländer, die das 16. Lebensjahr vollendet haben und seit sechs Monaten in Freiburg leben. Wahlberechtigt sind auch Deutsche mit Migrationshintergrund (etwa Spätaussiedler), die ihren Status nachgewiesen haben und die ins Wählerverzeichnis eingetragen sind.

Die Wahlbenachrichtigung informiert darüber, in welchem Wahllokal man seine Stimme abgeben kann. Wer Briefwahl machen möchte, findet hierzu ebenfalls alle wichtigen Informationen sowie einen Antragsvordruck in der Benachrichtigung. Die Briefwahlunterlagen müssen rechtzeitig am Wahlsonntag um 18 Uhr im Wahlamt eingetroffen sein.

## 52 Männer und Frauen bewerben sich

Jüngst hat der Gemeindevwahlausschuss die Liste der Kandidierenden beschlossen. Auf dem Stimmzettel stehen diesmal 52 Bewerberinnen und Bewerber. Wie das Amt für Migration und Integration (AMI), unter dessen Obhut die Wahl stattfindet, mitteilt, sind im Bewerberfeld 27 Herkunftsländer vertreten, von A wie Afghanistan bis V wie Venezuela. Aus Afrika, Asien, Europa und Südamerika sind Kandidierende dabei. Es treten 29 Männer und 23 Frauen an. Der jüngste Kandidat, Ardawan Abdi, ist 20, der älteste, Dr. Mohammad Salavati-Khouzani, ist 78 Jahre alt.

Die Stimmauszählung findet am Montag, 14. Dezember, statt. Mit dem Ergebnis ist am darauffolgenden Dienstag zu rechnen.

## Alle Bewerber und Bewerberinnen

### 52 Kandidierende aus 27 Ländern

- Hares Ismael
- Torlak Yasar
- Afshary Safiullah
- Dr. Durán Rangel Cristabel
- Hilkowitz Jascha Andrea
- Al Dyab Ghazi
- Désenfant Claire
- Abdi Ardawan
- Dr. Hristozova Miglena
- Wittmer Nikoleta
- Rassner Tiberiu
- Djahi Philippe
- Arroyo Fernández Dianela
- Sijare Lama
- Dr. Masumy Alim
- Ahmad Navid
- Domme Helena
- Banakh Mykhaylo
- Tiakou Zangue Jazino
- Rahimi Manije
- Dr. Nazary Zahir
- Momoh Nelson
- Lin Yin
- Rolim-Schulz Lúcia
- Sediqi Niamatullah
- Ucheh Ralph

- Mehdi Rachid
- Basil Thelma
- Sarikaya Hüseyin
- Mustafa Walid
- Smigic Ljiljana
- Sari Ali
- Angstmann Kirstie
- Abreha Yrgalem
- Çiçek Mustafa
- Azizi Hamid
- Friedemann Irina
- Dr. Salavati-Khouzani Mohammad
- Khasminska Ruslana
- Hamman Fedoua
- Plantier Antoine
- Vargas Ustares Mariana
- Fares Rakan
- Gün Sunay
- Yagoubi El Mokhtar
- Alemann Sofia
- Negassi Misgana
- Nieddu Mariya
- Neumann Olena
- Alaloh Diaa
- Abdullaev Urszula
- Beqiri Behar

# B3-Umfahrung in Zähringen wird überarbeitet

## Provisorischer Überweg zum Güterbahndareal

Seit Jahrzehnten zählt die B3-Umfahrung in Zähringen zu den wichtigsten Verkehrsprojekten der Stadt. Dass sie bis heute nicht gebaut ist, liegt vor allem daran, dass die bislang präferierte Lösung in vielen Teilabschnitten sehr problematisch ist. Jetzt soll die Planung nochmals optimiert werden. Immerhin: Die dringend erforderliche Querung der Isfahanallee rüber ins Güterbahngelände wird jetzt gebaut.

Mit einer kompakten Vorlage hat das Garten- und Tiefbauamt jetzt den Bauausschuss und den Gemeinderat über den aktuellen Sachstand zur B3-Umfahrung informiert. Das 2013 vom Gemeinderat auf den Weg gebrachte Bebauungsplanverfahren ist jetzt so weit gediehen, dass der Entwurf sowie sämtliche Fachgutachten vorliegen. Kern der Planung ist der Ausbau der Isfahanallee zu einer in beiden Richtungen befahrbaren Straße mit einem Vollanschluss des Güterbahndareals. Dadurch wäre es möglich, die Zähringer und Waldkircher Straße erheblich vom Durchgangsverkehr zu entlasten.

Die Untersuchung zur verkehrlichen Leistungsfähigkeit dieser Planung hat jetzt aber ergeben, dass das Gesamtsystem schon bei geringen Veränderungen der Verkehrsmenge sehr anfällig wäre und es erhebliche Zielkonflikte zwischen den verschiedenen Verkehrsarten gibt.

Außerdem haben sich die Rahmenbedingungen seit Beginn der Planungen mittlerweile deutlich verändert. So wurde die Stadtbahn Waldkircher Straße nicht nur beschlossen, sondern ist mittlerweile in Bau. Auch die starke Zunahme des Radverkehrs mit einem Ausbau der Radvorrangrouten FR2 und FR3 ist eine Stellschraube, von der vor Jahren nicht absehbar war, wie stark man an ihr drehen würde. Nicht zuletzt haben sich die Kosten in den letzten Jahren drastisch erhöht. Gestiegene Baupreise und Mehrkosten für Lärm- und Artenschutz haben eine Steigerung der Projektkosten von 30,5 Millionen Euro (2012) auf mittlerweile 50 Millionen Euro erbracht. Klares Fazit des GuT: So hat das Projekt aktuell „kaum Realisierungschancen“.

Es sei, so die Verwaltung, daher erforderlich, neue Ausbauvarianten zu prüfen. Dabei soll der Umfang des Ausbaus vor allem in den Abschnitten kritisch überprüft werden, wo er mit erheblichen Ausbaukosten verbunden ist. Dabei kann die Verkehrsplanung auf ein neues Verkehrsmodell zurückgreifen, das noch in diesem Jahr zur Verfügung steht und alle Verkehrsarten bestmöglich berücksichtigt. Die überarbeitete Planung soll schon im kommenden Jahr vorliegen, sodass auch größere Verzögerungen des Gesamtprojekts nicht zu erwarten sind. Ohnehin müsste die Fertigstellung der Stadtbahn Waldkircher Straße und des FR3 bis zur Uniklinik abgewartet werden. Vor 2023/2024 könnte es also ohnehin nicht losgehen.

So lange mit einer Querung der Isfahanallee zu warten, ist allerdings keine Option. Durch den Ausbau des Güterbahndareals besteht großer Bedarf an einem Fußüberweg. Weil die Verhältnisse vor Ort sehr komplex sind, kostet aber selbst diese temporäre Querung einschließlich der Vorplanung rund 300 000 Euro. Das Geld dafür ist schon da: Dank guter Planung hat das GuT bei der Erschließung des neuen Stadions 5,5 Millionen Euro gespart – ein kleiner Teil davon wird jetzt in Zähringen verwendet (siehe auch separater Artikel).

Im Gemeinderat gab es keine Aussprache, dafür aber einstimmige Unterstützung.



# Sozialarbeit an Berufsschulen

Einstimmig beschlossen hat der Gemeinderat das Verteilungsmodell der Jugendsozialarbeit für die beruflichen Schulen. Zurzeit ist die Berufsschulsozialarbeit an den öffentlichen beruflichen Schulen in Freiburg mit insgesamt zwölf Vollzeitstellen ausgestattet. Durch wegfallende und neu hinzukommende Klassen muss der Bedarf pro Schule immer wieder neu berechnet werden. Für das Schuljahr 2020/2021 werden mehr Stellen gebraucht, als aktuell verfügbar sind. Deshalb werden die verfügbaren Stellenanteile zuerst an Schulen mit dem größten Bedarf verteilt. Das sind zur Zeit die Walther-Rathenau-Gewerbeschule, Max-Weber-Schule, Friedrich- Weinbrenner-Gewerbeschule, Merianschule und Richard-Fehrenbach-Gewerbeschule Die Umsetzung erfolgt zum 1. Februar 2021.

# **Bürgerberatung früher zu**

Seit dieser Woche hat die Bürgerberatung im Innenstadt-Rathaus von Montag bis Freitag wie gewohnt ab 8 Uhr geöffnet, schließt aber einheitlich bereits um 16 Uhr. Grund dafür ist das wegen der Corona-Pandemie wiederum deutlich erhöhte Anrufaufkommen im städtischen Telefon-Service-Center (Tel. 201-0 und 115). Deswegen wird das Personal der Bürgerberatung vorübergehend verstärkt im Telefon-Service-Center eingesetzt.

# Zu wenig bezahlbarer Wohnraum

## Jahresbericht der Wohnungsnotfallhilfe 2019

Mietschulden, fristlose Kündigung, Zwangsräumung – bei Armut, Arbeitslosigkeit, sozialen und gesundheitlichen Problemen ist die Wohnungsnotfallhilfe für viele eine zentrale Anlaufstelle. Im aktuellen Jahresbericht der Wohnungsnotfallhilfe informiert die Verwaltung über die Situation während der Corona-Pandemie. Außerdem wird deutlich, dass immer mehr Menschen Unterstützung bei der Wohnungssuche benötigen.

Durch die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt steigt die Zahl obdachloser Menschen stetig. Im Jahr 2019 waren insgesamt 3039 Personen (2018: 2732) von Obdachlosigkeit bedroht.

Signifikant erhöhte sich die Anzahl der Haushalte, die Unterstützung bei der Wohnungssuche benötigen, von 77 (2018) auf 105 (2019). Dabei handelt es sich um Haushalte, die in übersteuerten Mietverhältnissen oder zu kleinen Wohnungen leben. Auch bei Eigenbedarfskündigungen, die der Verwaltung gemeldet wurden, war 2019 ein Anstieg zu verzeichnen. Fast jede vierte eingegangene Kündigung, 96 von insgesamt 427, erfolgte wegen Eigenbedarf.

## Ziel: Wohnungsverlust vermeiden

Ziel ist es, durch eine frühzeitige Beratung und Unterstützung Wohnungsverlust zu vermeiden. Wirksamste Hilfe ist neben der Prävention die Vermittlung in Wohnungen der Freiburger Stadtbau (FSB) mit eigenständigem Mietvertrag. 2019 konnten 111 Personen, davon 20 Einzelhaushalte, mit Wohnungen über die FSB versorgt werden.

Zu wenig Kapazität gibt es bei Heimunterbringungen. Mit Stand März 2020 stehen in der Wohnungsnotfallhilfe 485 Plätze zur Verfügung. Der Bedarf liegt allerdings bei geschätzt 160 Plätzen mehr. Insbesondere für Einzelpersonen steigt die Anzahl der benötigten Plätze in Notunterkünften seit Oktober 2019.

Die FSB will in den nächsten Jahren 44 Kleinstwohnungen bauen, davon die meisten im Güterbahnhof Nord. Die Nachfrage kann aber nicht allein durch die FSB gedeckt werden.

## Verschärfung durch Corona

Mit Beginn der Corona-Pandemie wurde es noch dringlicher, die Menschen von der Straße zu holen und ihnen geschützte Räume zu bieten. Deshalb hat die Wohnungsnotfallhilfe im März und April 2020 umfassende Veränderungen umgesetzt, um Infektionen zu verhindern, eine hygienische Unterbringung zu ermöglichen und die Nachverfolgung von Infektionen sicherzustellen. Dabei wurde die Unterbringung von Personen in Massenunterkünften reduziert.

So wurde das Wohnheim in der Wiesentalstraße mit Beginn der Pandemie zur Entlastung der Notunterkünfte genutzt. In der Notübernachtung OASE in der Haslacher Straße wurde die Belegung soweit wie möglich runtergefahren. Die provisorische OASE-Außenstelle in der Stadthalle am Alten Messplatz konnte dank des Wohnheims geschlossen werden.

Zusätzlich musste mit Beginn der Pandemie vorübergehend auch die Unterbringung von Personen organisiert werden, die aufgrund von Hotel- und Grenzsicherungen keine Übernachtungsmöglichkeiten mehr hatten.

Die Situation im voll belegten Wohnheim für Familien in der Bötzingen Straße entspannte sich ab April 2020: Mit Unterstützung der FSB unterzeichneten 15 Haushalte mit insgesamt 51 Bewohnerinnen und Bewohnern eigene Mietverträge.

Seit November 2019 gibt es in der Bötzingen Straße 50a durch den Erweiterungsbau 90 neue Plätze für Familien. Damit stehen insgesamt 160 Wohnheimplätze am Standort zur Verfügung.

Doch die Unterbringung in Wohnheimen ist nur eine Zwischenlösung. Langfristig will die städtische Wohnungsnotfallhilfe die Familien auf dem freien Wohnungsmarkt vermitteln. Hierfür arbeitet die Stadt nicht nur eng mit der Freiburger Stadtbau zusammen, sondern auch mit Baugenossenschaften und privaten Vermieterinnen und Vermietern.

Den Jahresbericht der Wohnungsnotfallhilfe 2019 nahm der Gemeinderat am vergangenen Dienstag ohne Aussprache zur Kenntnis. Erster Bürgermeister Ulrich von Kirchbach betonte, wie dringend zusätzliche Wohnungen wegen Kündigungen gebraucht werden, um Personen nach einem Wohnheimbesuch perspektivisch mit einem Wohnungsangebot versorgen zu können.

# Polizeiverordnung fürs neue Stadion beschlossen

## SC Freiburg erlässt eigene Hausordnung

Noch ist nicht absehbar, wann erstmals der Ball im neuen SC-Stadion rollt und ob dann auch Zuschauer zugelassen sind. Seit voriger Woche steht aber immerhin fest, was im unmittelbaren Stadionumfeld gestattet ist – und was nicht. Das regelt die neue Stadionverordnung. Vor allem ihr Geltungsbereich war im Gemeinderat umstritten.

Der größte Unterschied zur Situation im alten Dreisamstadion ist der, dass der SC Freiburg fürs neue Stadion künftig eine eigene Hausordnung erlässt. So ist es auch an vielen anderen Standorten üblich. Gegenstand der Beratungen im Gemeinderat war daher nur die Polizeiverordnung, die Sicherheit und Ordnung im Stadionumfeld gewährleisten soll. Dazu soll unter anderem beitragen, dass das Mitführen sperriger, splitternder oder besonders harter Gegenstände untersagt ist, beispielsweise Flaschen oder Dosen. Auch das Feuermachen oder Abbrennen von Pyrotechnik ist verboten.

Trotz langer Vorberatungen und der Einbeziehung vieler Beteiligten ist es letztlich aber nicht gelungen, eine alle Seiten befriedigende Lösung zu finden. Vor allem die Fraktionen Eine Stadt für alle und Jupi, teils aber SPD und FDP hatten noch Änderungswünsche – die aber keine Mehrheit fanden und damit auch für elf Gegenstimmen in der Schlussabstimmung sorgten.

Hauptstreitpunkt war der Geltungsbereich: Vorgeschlagen und letztlich beschlossen wurde auch die Einbeziehung des Wolfsbucks. Ordnungsbürgermeister Stefan Breiter wies zu Beginn der Debatte darauf hin, dass bislang keine Erfahrungswerte am neuen Standort vorlägen; nach einem Jahr könne man daher nachsteuern, wenn der Rahmen zu weit gesteckt sei. Er gab zu, dass das Verhältnis zwischen Polizei und Fanszene „nicht ganz unbeschwert“ sei – was auch in der anschließenden Diskussion deutlich zutage trat.

Weniger der Inhalt der Verordnung, sondern vielmehr die Art, wie sie „in der Praxis“ gelebt werde, sei entscheidend, betonte Grünen-Stadtrat Lars Petersen. Der regelmäßige Tribüengast frage sich beispielsweise, ob wohl Wunderkerzen zu den verbotenen „leicht brennbaren Stoffen“ gehören. Insgesamt müsse man aber zur Kenntnis nehmen, dass die Zuschauerzusammensetzung sehr heterogen sei – und am neuen Standort seien es 45 Prozent mehr als bislang. Entscheidend sei eine gute Kommunikationsstruktur mit der Polizei: „Das muss besser werden.“

Voll des Lobes war Felix Beuter von Eine Stadt für alle – allerdings nur für die vom SC Freiburg geplante Hausordnung. Der Stadionverordnung stellte er hingegen ein schlechtes Zeugnis aus und bezeichnete sie als „Einladung zur Polizeiwillkür“. Zu hoffen, der einmal eingeräumte Geltungsbereich könne wieder zurückgenommen werden, sei Augenwischerei.

Julia Söhne von der SPD ergänzte in diesem Zusammenhang, dass das übrige Stadtgebiet ja kein rechtsfreier Raum sei. Für die Zukunft wünschte sie sich, dass der Gesprächsfaden zwischen Fans, Polizei und Stadtverwaltung jetzt nicht abreißt.

Carolin Jenkner erinnerte für die CDU daran, dass es gelingen müsse, die friedliche Atmosphäre aus dem alten ins neue Stadion zu übertragen. Klar sei aber auch: „Zum Schutz der Freiheit des Einzelnen braucht es gemeinsame Regeln.“

Maria Mena (Jupi) war es ein wichtiges Anliegen, Fußballfans nicht pauschal als Sicherheitsrisiko einzustufen. Für die Fanszene wünschte sie sich einen Vertrauensvorschuss – falls er sich nicht als gerechtfertigt erweisen sollte, könne man ja nachsteuern.

Franco Orlando von der FDP/Bürger-für-Freiburg-Fraktion trat ebenfalls für den verkleinerten Geltungsbereich ein, da am Wolfsbuck keine großen Besucherströme zu erwarten seien, signalisierte ansonsten aber Zustimmung. Noch kürzer fasste sich Johannes Gröger von den Freien Wählern: „Absolut sinnvoll und notwendig“ sei die Verordnung. Mit einem Dank an die Polizei verband AfD-Stadtrat Dubravko Mandić seine Zustimmung. Das griff Wolf-Dieter Winkler von Freiburg Lebenswert auf, der sich dafür einsetzte, das Ansehen der Sicherheitskräfte nicht zu untergraben.

Die neue Polizeiverordnung tritt nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt in Kraft und gilt ebenfalls für das alte Stadion an der Dreisam sowie für das Möslestadion.

# 5,5 Millionen Euro bei der Stadionschließung gespart

Dank guter Planung kommen andere wichtige Projekte zum Zug

Der Hauptstadtflughafen BER oder das Mammutprojekt Stuttgart 21 haben die öffentliche Hand in Misskredit gebracht: Alles wird immer teurer, dafür aber später fertig. Dass es auch ganz anders geht, hat jetzt das Garten- und Tiefbauamt bewiesen: Die Erschließung des neuen Stadions wurde nicht nur exakt im Zeitplan fertiggestellt, sondern unterm Strich sogar 5,5 Millionen Euro billiger als gedacht. Über die Verwendung der eingesparten Mittel hat jetzt der Gemeinderat entschieden. Leider hat der Gemeinderat den Tagesordnungspunkt „Gesamtkosten der Erschließung des neuen Fußballstadions“ nicht besprochen. In Zeiten der Pandemie sollte sich die Aussprache auf die Themen beschränken, bei denen die Fraktionen Konfliktpotenzial sehen. Das gibt es bei einer Einsparung in Millionenhöhe natürlich nicht. Umso mehr soll es an dieser Stelle gewürdigt werden: Anders als von Kritikern prophezeit, hat sich insbesondere die Entsorgung der Altlasten der für den Straßenbau angeschnittenen ehemaligen Deponie Wolfsbuck nicht als Fass ohne Boden erwiesen. Durch insgesamt gute Planung, eine enge Kooperation mit den Nachbarbaustellen der Uni und der Fraunhofer-Institute, einen wie am Schnürchen klappenden Bauablauf sowie ein ausgetüfteltes Erdmassenmanagement stehen unterm Strich Gesamtkosten von 35 Millionen Euro. Zu Beginn der Planungen war man noch von 36,8 Millionen Euro ausgegangen, mit der Kostenfortschreibung 2017 wurde diese Summe auf 40,5 Millionen Euro erhöht.

Das gesparte Geld kommt in Zeiten knapper Haushalte sehr gelegen, um andere wichtige Projekte zu finanzieren. Gut die Hälfte, nämlich 2,7 Millionen Euro, fließen als Investitionszuschuss an die VAG, die damit die Mehrkosten für die wegen des Stadionbaus notwendige Großhaltestelle „Stadion“ trägt. Weitere 1,2 Millionen steckt die Stadt in ein P&R-Konzept, das bereits beim Bürgerentscheid zugesagt worden war. Es soll ab 2021 realisiert werden.

Auch der unmittelbar benachbarte Flugplatz profitiert: Für 390 000 Euro installiert die Flugplatz-Gesellschaft eine neue Anflugbefeuerung. Damit wird eine Empfehlung der Gesellschaft der Luftverkehrsforschung umgesetzt, die dies im Zusammenhang mit dem Stadionbau als zwingend erforderlich angesehen hat.

Eine halbe Million Euro kommt dem Neubau von 68 Kleingärten in der Anlage Moosacker zugute. Diese sollten eigentlich schon 2019 gebaut werden – jetzt soll es 2021 klappen.

Rund 300 000 Euro kostet der ebenerdige Übergang über die B3, der eine Fußverbindung zum Güterbahnareal ermöglicht (siehe Beitrag auf Seite 4).

Fazit: 5,5 Millionen Euro gespart, vier wichtige oder gar zwingend erforderliche Projekte ohne zusätzliche Haushaltsbelastung ermöglicht – und immer noch 410 000 Euro in der Tasche, die dem Resthaushalt zur Verfügung stehen. Das Lob davon gab es unausgesprochen vom Gemeinderat: einstimmig angenommen!

# Marktmechanismen können Wohnraumproblem nicht lösen

## Gemeinderat brachte Konzept „Bezahlbar Wohnen“ auf den Weg

Mit großer Mehrheit bei nur fünf Gegenstimmen hat der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung das Gesamtkonzept „Bezahlbar Wohnen 2030“ auf den Weg gebracht. Das Konzept, das das frühere Handlungsprogramm Wohnen fortschreibt, zielt auf neue Baurechte, Bezahlbarkeit im Wohnungsbestand und Senkung der Baukosten.

Eingangs der Debatte warnte Oberbürgermeister Martin Horn vor dem sozialen Sprengstoff, den der Mangel an bezahlbarem Wohnraum berge. Deshalb müsse der Wohnungspolitik größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das Konzept „Bezahlbar Wohnen 2030“ sei Ergebnis eines Riesenkraftaktes der Verwaltung unter Beteiligung von 15 Fachämtern, denen er explizit dankte.

Für die Grünen erinnerte die Fraktionschefin Maria Viethen an das Handlungsprogramm Wohnen, das auf den Neubau von 15 000 Wohneinheiten abzielte. Das neue Konzept formuliere nun eine weitergehende Strategie, die nicht mehr auf die Marktmechanismen setze. Es gelte jetzt, die preistreibende Spekulation mit Wohnraum zu verhindern.

Dem pflichtete grundsätzlich auch Gregor Mohlberg von Eine Stadt für alle bei. Allerdings, so Mohlberg, sei der Handlungsspielraum der Kommune begrenzt, und die entscheidenden Stellschrauben lägen beim Bund und beim Land. Die vielen Einzelmaßnahmen des Konzepts könnten ihre Wirkung nur im Verbund entfalten.

In den Mittelpunkt der Betrachtung rückte Julia Söhne (SPD) diejenigen, die auf dem Markt keine Chancen haben, wozu immer mehr auch die gesellschaftliche Mitte gehöre. Mehr Gemeinwohlorientierung in der Wohnungspolitik könnte die soziale Ausgrenzung verhindern.

Im Gegenzug rief die CDU-Fraktionsvorsitzende Carolin Jenkner dazu auf, Neubaurechte nicht zu verkomplizieren und die Investoren auszuschließen. Auch die Eigentumsbildung sei ein stabilisierendes Element in den Quartieren.

Als „schwindelerregend“ bezeichnete Simon Sumbert (JUPI) die Situation auf dem Wohnungsmarkt und lobte den Ansatz der Verwaltung. Für die FDP/BfF kritisierte Christoph Glück die Voreingenommenheit gegenüber dem Wohnungsmarkt. Der städtische Dirigismus verteuere das Bauen und bremse den bezahlbaren Wohnraum. Deshalb sei die Vorlage abzulehnen.

In dieselbe Kerbe hieb auch FW-Stadtrat Johannes Gröger, der die Debatte als „ideologiebeladen“ bezeichnete. Die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Freiburger Stadtbau dürfe nicht infrage gestellt werden.

Für die AfD sagte Stadtrat Dubravco Mandic, die Migration habe die Lage auf dem Wohnungsmarkt verschlimmert. Neue Energiesparauflagen würden außerdem die Baukosten nach oben treiben. Wolf-Dieter Winkler (FL) forderte dazu auf, die Spekulation mit Immobilien zu beenden.

# Stadt richtet Tauschbörse ein

## Ziel: Wohnungstausch groß gegen klein

Um Wohnungen effizienter zu nutzen und bezahlbaren Wohnraum in Freiburg zu erhalten, beschloss der Gemeinderat mehrheitlich, eine digitale Wohnungstauschbörse einzurichten.

Damit bietet sich die Chance, günstigen Wohnraum zu erschließen, ohne neue Gebäude errichten zu müssen. Außerdem ist ein Tausch von Wohnungen auch aus ökologischer und nachhaltiger Sicht sinnvoll.

Zielgruppen der Freiburger Tauschbörse sind vor allem Familien mit Kindern, die sich mehr Platz wünschen, und Seniorinnen und Senioren, die nach dem Auszug ihrer Kinder in großen und oft nicht barrierefreien Wohnungen leben. Ob Seniorinnen und Senioren über das digitale Angebot erreicht werden können, bezweifelte FL-Stadtrat Wolf-Dieter Winkler.

Um Anreize für den Wohnungstausch zu schaffen, zahlt die Stadtverwaltung eine Pauschale von 2000 Euro für einen Umzug in eine kleinere Wohnung. Hierfür stehen 20 000 Euro zur Verfügung und weitere 10 000 Euro für die Entwicklung der Tauschbörse. Diese Mittel sind bereits zum Zwecke der effizienten Wohnraumnutzung im Doppelhaushalt 2019/2020 eingestellt. Die Wohnraumaustauschbörse soll als Pilotprojekt für ein Jahr getestet werden.

Für Studierende, Auszubildende und andere Interessierte gibt es bereits das Programm „Wohnen für Hilfe“. Hier zahlen Studierende eine günstige Miete und unterstützen Seniorinnen und Senioren, Familien und Personen mit Unterstützungsbedarf im Haushalt oder im Garten.

Unabhängig von der Einrichtung der Tauschbörse für den freien Markt will die Stadt eine Kooperation mit den drei großen Freiburger Wohnungsbaugenossenschaften zum Thema Wohnraumaustausch vereinbaren. Dabei sichern die Beteiligten zu, den Tausch von Wohnungen innerhalb ihres Bestandes zu unterstützen und sich regelmäßig über Möglichkeiten und Entwicklungen auszutauschen.

# Namen und Nachrichten

Nach 21 Jahren im Gemeinderat hat der CDU-Stadtrat Berthold Bock sein Ehrenamt niedergelegt. Seiner Bitte, ihn von seinen Amtspflichten zu entheben, kam der Gemeinderat am Dienstag letzter Woche einstimmig nach. Aus wichtigen Gründen kann ein Stadtrat sein Ausscheiden verlangen, zum Beispiel wenn er dem Gremium schon mehr als zehn Jahre angehört oder älter als 62 Jahre ist. Beides ist bei Berthold Bock gegeben. Bock gehörte dem Gemeinderat seit 1999 an und vertrat seine Fraktion in personalpolitischen, jugendpolitischen und sportpolitischen Fragen. Oberbürgermeister Martin Horn sagte, dass der Gemeinderat mit ihm ein sehr verdienstvolles und allseitig anerkanntes Mitglied verliere. In seinen Schlussworten dankte Bock der Verwaltung, den Ratskolleginnen und Kollegen sowie seiner Familie. Der Gemeinderat, so Bock, sei ein Spiegelbild der Gesellschaft, und so sei es kein Zufall, dass auch in diesem Gremium Intoleranz und Selbstgefälligkeit zunehmen, was ihm persönlich weh tue und der Stadt schade. Er wünsche sich den Respekt im Rat zurück und appellierte: „Wir sind alle nur gewählt. Wir haben ein Amt übertragen bekommen.“ Diesen Appell unterstrich er mit einem Abschiedsgeschenk für alle: einer Flasche Bertold-Bock-Bier mit der Aufschrift: „Suchet der Stadt Bestes.“ Der Polizeihauptkommissar im Ruhestand des Jahrgangs 1954 war zwischen 1978 und 1998 im Polizeirevier Freiburg Nord tätig, anschließend Referent bei der Polizeidirektion Freiburg und 2003 bis 2015 Leiter des Polizeireviers Breisach. Bock ist verheiratet und hat drei Kinder.

Als Nachrücker nimmt Peter Kleefass seinen Platz im Rat ein, der bei der letzten Gemeinderatswahl nur knapp den Einzug ins Stadtparlament verpasst hatte. Der ehemalige Schulleiter wird die CDU-Fraktion im Personal- und Verwaltungsausschuss, im Kinder- und Jugendhilfeausschuss, im Ausschuss für Schulen und Weiterbildung sowie im Sozialausschuss vertreten.

Für 20 Jahre Tätigkeit im Gemeinderat ehrte Oberbürgermeister Martin Horn den Stadtrat Atai Keller (Kulturliste). Er würdigte Keller als „eine bedeutende Stimme der Kunst und Kultur in dieser Stadt“. 1995 war Atai Keller erstmals für die Grünen in den Stadtrat eingezogen und gründete später die Kulturliste, die heute eine Fraktionsgemeinschaft mit der SPD bildet. Kultur, so sagte er, sei „der Treibstoff unseres Zusammenlebens“.



# Flächennutzungsplan 2040: Diese sechs Zukunftsszenarien stehen zur Diskussion

Kurzvorstellung aller Szenarien – Online-Diskussion unter [www.mitmachen.freiburg.de](http://www.mitmachen.freiburg.de) läuft noch bis 7. Dezember – Anregungen der Bürgerschaft gehen in die gemeinderätliche Debatte ein – Gemeinderat entscheidet voraussichtlich im ersten Halbjahr 2021

## Informieren und Diskutieren

Die Bürgerbeteiligung ist ein wichtiger Schritt zum FNP 2040

Seit zwei Jahren arbeitet die Stadtverwaltung an der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans (FNP) 2040 mit integriertem Landschaftsplan 2040. Dabei handelt es sich um die vielleicht wichtigste Richtungsentscheidung für die kommenden zwei Jahrzehnte: Wie (und wo) soll sich Freiburg bis 2040 weiter entwickeln?

Aktuell befindet sich das von der im Stadtplanungsamt angesiedelten Projektgruppe FNP 2040 betreute Verfahren in der zweiten von vier Phasen. Zum Auftakt ging es darum, weltweite Zukunftstrends zu betrachten und ihre Bedeutung für Freiburg zu diskutieren. Die Ergebnisse dieser ersten Phase wurden zwischenzeitlich in sechs möglichen Zukunftsszenarien gebündelt. Diese Zukunftsszenarien sollen nun abermals im Austausch mit der Bürgerschaft diskutiert werden.

Ohne dieser Diskussion vorgreifen zu wollen, kann man schon jetzt von lebhaften Debatten ausgehen, denn die Unterschiede zwischen den einzelnen Szenarien sind groß. So geht die konzentrierte Verdichtung in die Höhe des „Smarte Öko-City“ genannten Szenarios 2 natürlich in eine ganz andere Richtung als „Erhaltende Stadt im Speckgürtel“ aus dem dritten Szenario, bei dem sich das Wachstum mit erheblich größerem Flächenbedarf in die Region ergießen wird. Auch die Stärkung zentraler Lagen, die das Hauptkennzeichen der „Urban-produktiven Wissensstadt“ aus Szenario 5 darstellt, sieht sicherlich anders aus als der „Vernetzte Agglomerationsraum“ aus Szenario 6, der die Integration von Stadt und Region zum Leitbild nimmt.

Allen Szenarien gemeinsam ist, dass sie grundsätzlich möglich sind, also alle Stadtfunktionen und deren Auswirkungen auf die zukünftige Flächennutzung im Jahr 2040 berücksichtigen. Unterschiedlich ist nur die Frage, wie, wo und in welchem Ausmaß Wohnen, Gewerbe, Mobilität, Handel, soziale Infrastruktur, Ver- und Entsorgung, Landwirtschaft, Natur- und Erholung stattfinden und sich auf die Kernstadt, den Stadtrand, die Ortslagen und die Region auswirken.

Umso wichtiger ist daher jetzt der sachliche Austausch von Argumenten. Dazu bietet das Stadtplanungsamt bis 7. Dezember unter [www.freiburg.de/uebermorgen](http://www.freiburg.de/uebermorgen) und auf dem städtischen Beteiligungsportal [www.mitmachen.freiburg.de](http://www.mitmachen.freiburg.de) eine digitale Beteiligung an, bei der alle Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit haben, sich umfassend über die Zukunftsszenarien zu informieren, sie zu kommentieren und zu bewerten.

Für das weitere Verfahren ist eine breite Beteiligung der Bürgerschaft von großer Bedeutung: Was ist gut, was ist schlecht? Welche Chancen oder auch welche Risiken gibt es? Für die Stadtverwaltung, aber auch für den Gemeinderat, der im kommenden Jahr ein Szenario als Grundlage für die anschließende Flächendiskussion auswählen wird, sind die Einschätzungen und Anregungen der Bevölkerung von zentraler Bedeutung. Denn spätestens dann, wenn es um konkrete Flächen geht, ist ein möglichst breit getragener Konsens entscheidend für die Akzeptanz, ob und wie eine Fläche bebaut werden soll.

Detaillierte Informationen zum Verfahren und zu den sechs Zukunftsszenarien sowie der Link zum Beteiligungsportal sind im Internet zu finden.

- Informieren unter: [www.freiburg.de/uebermorgen](http://www.freiburg.de/uebermorgen)
- Beteiligen unter: [www.mitmachen.freiburg.de](http://www.mitmachen.freiburg.de)

## Szenario 1

### Dynamische Wachstumsstadt

Hochdruck und Dichte als Dauerzustand

Kernentwicklungen: Die Stadt Freiburg ist von starken dynamischen Entwicklungen gekennzeichnet. Es herrscht ein maximaler Druck auf vielen Ebenen: Die Zahl der Arbeitsplätze steigt stark, was der Stadt einerseits eine gute Haushaltsslage beschert, andererseits aber ein hohes Maß an Zuwanderung bewirkt. Es gibt viele neue technologische Möglichkeiten, dennoch sind zum Beispiel die Auswirkungen des Klimawandels sehr deutlich zu spüren. Ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen, bleibt ein zentrales Thema. Auch weil gesetzliche Bestimmungen es kaum noch erlauben, neue Flächen auszuweisen, ist der Druck auf die bereits besiedelte Fläche enorm. Im Wohnungsbau setzen sich viele kreative Lösungen durch, beispielsweise die Aufstockung von Dachgeschossen mit Tinyhäusern. Insgesamt ist die Konkurrenz zwischen den Flächenkategorien deutlich angewachsen. Weil die Stadtpolitik der Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen Priorität

einräumt, werden die vorhandenen Grünflächen stark beansprucht. Sofern sie nicht teilweise bebaut werden, herrscht dort eine hohe Auslastung. Mit der dynamischen Stadtentwicklung einher geht aber auch eine kulturell und sozial vielfältige Stadtgesellschaft, in der sich viele Menschen engagieren.

Zielkonflikte: 2020 schon bestehende Zielkonflikte verstärken sich in praktisch allen Bereichen des Stadtlebens.

## **Szenario 2**

### **Smarte Öko-City**

#### **Konzentrierte Verdichtung in die Höhe**

Kernentwicklungen: Die hohe Innovationsbereitschaft und Technologieorientierung verschaffen der Digitalisierung einen starken Schub. Das sorgt in vielen Bereichen für hohe Effizienz, beispielsweise bei der Auslastung der Verkehrsinfrastruktur oder der Flächennutzung. Das ist auch erforderlich, denn die Möglichkeiten, neue Flächen auszuweisen, sind stark begrenzt. Gleichzeitig zieht es viele Menschen nach Freiburg. Um den Wohnraumbedarf zu decken, wird in innerstädtischen Lagen in die Höhe gebaut, und das nach höchsten ökologischen Standards. Die begrünten und hoch modernen Wohnanlagen sind zum prägenden Bild der Stadt geworden. Auch in weiteren Stadtfunktionen wie Gewerbe, soziale Infrastruktur oder Handel steht eine vertikale und flächensparende Entwicklung im Vordergrund. Durch den sinkenden Pro-Kopf-Wohnflächenverbrauch und das konsequente Verdichten in die Höhe ging das Schaffen von Wohnraum nicht zulasten von Grün- und Freiflächen. In Freiburg hat sich im gesamten Stadtgebiet eine starke Nutzungsmischung etabliert und wo möglich werden Räume zu unterschiedlichen Zeiten für verschiedene Funktionen genutzt (Multicodierung).

Zielkonflikte: Vor allem im Sozialen zeigt sich eine wachsende Kluft zwischen privilegierten und weniger gut gestellten Quartieren. Außerdem ist die Technologieorientierung in der Bevölkerung unterschiedlich ausgeprägt.

## **Szenario 3**

### **Erhaltende Stadt im Speckgürtel**

#### **Wachstum ergießt sich in die Region**

Kernentwicklungen: Die „erhaltende Stadt“ Freiburg setzt seit den 2020er-Jahren auf ein behutsames Maß an Veränderungen. Das Stadtbild hat sich bis 2040 kaum verändert und ist nach wie vor für Touristen attraktiv. Es werden kaum neue Flächen ausgewiesen, wenn, dann eher am Rande des Stadtgebiets in den Ortschaften, und das Maß an Verdichtung bleibt relativ konstant. Entsprechend hoch ist die Konkurrenz um Bauflächen, und das Preisniveau steigt. Das wirtschaftliche Wachstum und die Zuwanderung (beides auf mittlerem Niveau) müssen sich zwangsläufig in die Region orientieren. Orte der umliegenden Region machen attraktive Angebote für Wohnen und Arbeiten in der Nähe des regionalen Zentrums Freiburg, und es kommt zu einer Verlagerung der Siedlungsfläche in die Region. Damit einher geht zwangsläufig eine starke Zunahme der Pendlerströme, die trotz neuer Mobilitätszentralen am Stadtrand eine ständige Herausforderung bleiben.

Zielkonflikte: Zentrale Konfliktlinien bestehen entlang von Fragen des Klimaschutzes und der Veränderung der Sozialstruktur. In Bezug auf den Klima- und Artenschutz ist die Entwicklung seit den späten 2020er-Jahren ins Stocken geraten. In Bezug auf die Sozialstruktur hat der Wegzug von Familien mit Kindern und die Alterung der Wohnbevölkerung (Ende der 2020er-Jahre gingen die Baby-Boomer in Rente) zu einer spürbaren Veränderung geführt.

## **Szenario 4**

### **Gesunde Selbstversorgerstadt**

#### **Polyzentrale Stadt der kurzen Wege**

Kernentwicklungen: Gesundheit und eine ökologische Lebensweise sind den Freiburgerinnen und Freiburgern ein hohes Gut: Sie ernähren sich gesund, bewegen sich viel und halten sich gerne draußen auf. Eine geringe wirtschaftliche Dynamik lässt in Verbindung mit der Zunahme unsicherer Arbeitsverhältnisse das durchschnittliche Einkommensniveau im Vergleich zu Anfang der 2020er-Jahre sinken. Das Ziel, den eigenen ökologischen Fußabdruck zu minimieren, erhält einen kräftigen Schub. Das zeigt sich auch in einer deutlich gesunkenen Pro-Kopf-Wohnfläche. In Kooperation mit der Region wurde eine Kreislaufwirtschaft realisiert, also eine weitestgehende Wiederverwertung von Produkten und Materialien. Die stetig gewachsene Dichte verteilt sich in die Region. In den Ortslagen haben sich kleinere Zentren herausgebildet, in denen alles auf kurzen Wegen mit Rad- oder Fußverkehr erreichbar ist und die durch einen gut ausgebauten ÖPNV miteinander verbunden sind.

Zielkonflikte: Es fehlt der Stadt die finanzielle Kraft, um steuernde Impulse zur Überwindung der Verarmung sozialer Gruppen und gegen die zunehmenden Polarisierung zu setzen und Investitionen in notwendigen Um- und Ausbau der Infrastruktur zu tätigen. Die Umstellung auf eine weitestgehend regional ausgerichtete Kreislaufwirtschaft stellt einige Unternehmen vor große Herausforderungen. Um Ausnahmeregelungen wird immer wieder gerungen.

## **Szenario 5**

### **Urban-produktive Wissensstadt**

#### **Stärkung zentraler Lagen**

**Kernentwicklungen:** Die wissensorientierte Ökonomie wie Medizin- oder Solartechnik ist die treibende Kraft für das hohe Maß an Veränderungsdynamik in der Stadt. Es ist eine vielfältige Nutzungsmischung entstanden. In der Kernstadt sind Produktion, Dienstleistung und urbane Nutzungen eng miteinander verflochten. Wohnen und Arbeiten sind vielfach eng aneinander gerückt. So sind beispielsweise aus manchen Gewerbegebieten urbane Wissenscampusse mit vielfältigen Einrichtungen und Nutzungen entstanden. Trotzdem ist der Wohnungsmarkt hart umkämpft. Der starke urbane Kern ist umgeben von einem Siedlungsring, der die schnelle Entwicklung wenig mitgehen konnte. Gesellschaftliche Verdrängungseffekte haben die Kernstadt und den näheren Stadtrand zu exklusiven Wohnlagen werden lassen, die sich von der Ausstattung und der Zahlungskraft der Bewohner deutlich zu den Ortslagen und der Region unterscheiden.

**Zielkonflikte:** Die Zielkonflikte verlaufen überwiegend entlang sozialer Aspekte. Der starke Fokus auf Wissensökonomie hat die Kernstadt deutlich anders entwickelt (mehr Technik, höhere Einkommen) als die Rand- und Ortslagen. Die Stadt steht vor der großen Herausforderung, eine vielfältige soziale Mischung in der Einwohnerschaft trotz der Verdrängungseffekte im innerstädtischen Bereich herzustellen.

## **Szenario 6**

### **Vernetzter Agglomerationsraum**

#### **Integration von Stadt und Region**

**Kernentwicklungen:** Die Entwicklung Freiburgs ist eng mit der Entwicklung der ganzen Region verknüpft. Es gibt kein unabgestimmtes Vorgehen zwischen der Stadt und ihren Umlandgemeinden bei stadtplanungsrelevanten Themen wie Wohnen, Gewerbe, Mobilität, Bildung, Freizeit und Tourismus, Artenschutz, Energieversorgung und vielen weiteren. Eine gute wirtschaftliche Entwicklung und zunehmende Zuwanderung von außerhalb der EU-Grenzen führen zu einem anhaltend starken Siedlungsdruck in der gesamten Region. Neben Freiburg haben sich attraktive kleinere Zentren in der Region gefestigt, die alle gut miteinander verbunden sind. Die kräftig angewachsenen Pendlerströme bringen starke Belastungen mit sich, die durch den Ausbau des regionalen ÖPNV und eine vernetzte Verkehrssteuerung effizient aufgefangen werden können.

**Zielkonflikte:** Durch die Kooperation mit der Region kann die Stadt ihre Interessen nicht immer durchsetzen, sondern muss Kompromisse machen. So dauert vieles länger, als wenn die Stadt für sich allein entscheiden würde. Andererseits lassen sich Ziele der Grün- und Freiraumentwicklung sowie des Klima- und Artenschutzes auf regionaler Ebene besser umsetzen. Mobilität, Gewerbe- und Wohnraumentwicklung sind allerdings bis Mitte der 2030er-Jahre hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

# Dreisamuferradweg vier Wochen gesperrt

## B31 zeitweise nur einspurig befahrbar

Unterhalb der Ochsenbrücke wird derzeit eine Anlage gebaut, die dafür sorgt, dass weniger Schadstoffe aus dem Autoverkehr in die Dreisam gelangen. Die Arbeiten an der sogenannten Regenwasserbehandlungsanlage und der Havarieschutzmaßnahme an der B31 werden bald abgeschlossen sein.

Jetzt wird mit dem Rückbau der Baustelle am Dreisamuferradweg begonnen. Während der Bauzeit konnten Radfahrende über Rampen an der Baustelle vorbeifahren. Ohne diese Rampenlösung hätte der Radweg an der Stelle über Monate hinweg gesperrt werden müssen. Das wird jetzt für nur etwa vier Wochen der Fall sein. Denn bis etwa 18. Dezember, können dort keine Fahrräder fahren. Neben dem Rückbau der Baustelle wird der Radweg dort wieder hergestellt. Die Umleitung in beide Fahrtrichtungen führt über die Haslacher Straße und ist ausgeschildert.

Ebenso wird die Ein- und Ausfahrt der Baustelle zurückgebaut. Deshalb ist die B31 in Fahrtrichtung Innenstadt an dieser Stelle zeitweise nur einspurig befahrbar. Das ist vom 30. November bis voraussichtlich 18. Dezember der Fall. Hier muss zumindest zu den Verkehrsspitzenzeiten mit Rückstau gerechnet werden.

Abschließende Arbeiten finden auch in der Uferstraße statt, die auf Höhe Haus-Nr. 73, 75 und 77 vom 7. Dezember bis 11. Dezember gesperrt wird.

Für die Arbeiten an der Regenwasserbehandlungsanlage und für die Havarieschutzmaßnahme wurden rund 2,2 Millionen Euro investiert. Das Geld ist gut angelegt, denn mit der Anlage wird erreicht, dass künftig deutlich weniger Schadstoffe in die Dreisam gelangen – etwa Abrieb von Reifen und Bremsen. Im Falle einer Havarie werden zudem Öle und Leichtflüssigkeiten zurückgehalten.

# 16 Tage gegen Gewalt an Frauen

Motto: „Frauenrechte sind Menschenrechte. Sie sind unteilbar“

Die Aktionstage „16 Tage – Stopp Gewalt gegen Frauen“ rücken das Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen in den Fokus. Dieses Jahr erinnern sie auch an die vor 20 Jahren von den Vereinten Nationen verabschiedete UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“.

Schutz vor Gewalt ist eine Kernforderung der Resolution. Doch wer Geschlechterungerechtigkeit langfristig bekämpfen will, darf Frauen nicht auf die Rolle schutzbedürftiger Opfer reduzieren. Frauen müssen selbst entscheiden können, was sie brauchen und wie sie leben möchten.

Die aktuelle Krise durch die Corona-Epidemie zeigt die weltweiten gesellschaftlichen, ökologischen, kulturellen und politischen Missstände auf und verschärft diese. Auch die Gewalt gegen Frauen und Mädchen nimmt, gerade im häuslichen Bereich, wieder zu. Schon vor der Krise war häusliche Gewalt die häufigste Form von Gewalt gegen Frauen. Die Krise verdeutlicht zudem, wie sich sowohl das Wiedererstarken rückwärtsgewandter Rollenbilder und die Festigung patriarchaler Strukturen negativ und unterdrückend auf das Leben von Frauen auswirken. Auch die Unterdrückung von Selbstbestimmung und eigenständigen Lebensweisen, die Verweigerung von Bildungschancen, die Zunahme sexistischen, rassistischen und rechten Gedankenguts, die Zunahme sexualisierter Gewalt, gerade auch im Zusammenhang mit Kriegen, Krisen und Flucht, tritt jetzt verstärkt zutage.

Die Aktionstage greifen diese Zusammenhänge auf. Sie zeigen, in welcher erschreckender Weise und wie aktuell und allgegenwärtig Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist, gerade im Nahbereich und ganz unabhängig von Kultur, Nationalität und Schicht.

Die Aktionstage beginnen am 25. November, dem „Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen“, und enden am 10. Dezember, dem „Internationalen Tag der Menschenrechte“. Die Freiburger Aktionstage gehen dieses Jahr bis zum 12. Dezember und werden von einem breiten Bündnis aus Frauen- und Menschenrechtsorganisationen getragen.

Die meisten Veranstaltungen der diesjährigen Aktionstage finden coronabedingt als Online-Veranstaltungen statt.

Ausführliche Informationen zum Programm unter [www.16days-freiburg.de](http://www.16days-freiburg.de) und [www.freiburg.de/frauenbeauftragte](http://www.freiburg.de/frauenbeauftragte)

# Digitaler Infoabend: Tagesmutter werden

## Ein Weg für den Wiedereinstieg

Was genau eine Kindertagespflegeperson ausmacht, welche Aufgaben man als Tagesmutter oder Tagesvater hat und welche Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die qualifizierte Kinderbetreuung gelten: Über all das informiert Fachberaterin Cornelia Engelmann am Donnerstag, 26. November, in einem Zoom-Meeting.

Ab 19.30 Uhr gibt sie online einen umfassenden Überblick über das Berufsbild und die Zukunftsperspektiven und steht für individuelle Fragen zur Verfügung.

Sicher kein Kinderspiel, aber eine Tätigkeit mit sehr viel Freude: Als Tagespflegeperson kann man aus einer Berufung einen zukunftsfähigen Beruf machen. Die Kindertagespflege ermöglicht einen Wiedereinstieg nach der Babypause oder bietet eine neue Perspektive nach der Elternzeit. Eigene Erfahrungen in der Kinderbetreuung lassen sich im Rahmen eines Qualifizierungskurses durch die Fachberatung Kindertagespflege des Tagesmüttervereins Freiburg kombinieren mit pädagogischem und betriebswirtschaftlichem Hintergrundwissen.

Eine Anmeldung zu dem digitalen Einführungsabend ist erforderlich. Alle Interessenten erhalten rechtzeitig den Link zum Meeting sowie den Meetingkenncode.

Termin: Do, 26.11., 19.30 Uhr. Weitere Informationen unter [www.kinder-freiburg.de](http://www.kinder-freiburg.de), Tel. (0761) 28 35 35 oder per E-Mail an: [info@kinder-freiburg.de](mailto:info@kinder-freiburg.de)

# Bewerben nach Krankheit

Ein längerer krankheitsbedingter Ausfall in der Berufsbiografie ist ein sensibles Thema. Wie der Umgang mit solchen „Lücken im Lebenslauf“ am besten gelingt, stellt das Online-Seminar vor, das die Kontaktstelle Frau und Beruf am Mittwoch, 9. Dezember, anbietet. Die Teilnahme ist kostenfrei. Eine Anmeldung ist ab sofort möglich über die Webseite der Kontaktstelle unter [frauundberuf.freiburg.de](http://frauundberuf.freiburg.de).

Nicht oder unzureichend erklärte Lücken im Lebenslauf bergen das Risiko, dass die Bewerbung nicht berücksichtigt wird. Oft befürchten Arbeitgeberinnen oder Arbeitgeber dann, dass auch künftig mit Ausfallzeiten zu rechnen ist. Personal- und Organisationsentwicklerin Petra Flassig gibt in dem Workshop Tipps für gute Formulierungen in der schriftlichen Bewerbung und im folgenden Vorstellungsgespräch.

Die Veranstaltung richtet sich an Multiplikatorinnen, die Frauen nach krankheitsbedingten Unterbrechungen unterstützen. Termin: Mi, 9.12., 14–15.30 Uhr; Anmeldung: [www.frauundberuf.freiburg.de](http://www.frauundberuf.freiburg.de)

# Broschüre zu Minijobs

In Deutschland arbeiten rund 7,5 Millionen Menschen in einem Minijob – zwei Drittel davon sind Frauen. Auf den ersten Blick scheint ein Minijob eine gute Möglichkeit, um Beruf und Familienarbeit gut zu vereinbaren und die Haushaltskasse aufzubessern. Aber oft erhalten Minijobberinnen nicht das, was ihnen zusteht.

Welche Rechte habe ich? Wie sieht es mit der Kranken- und Rentenversicherung aus? Bekomme ich Lohn, wenn ich krank bin? Wo kann ich mich beraten lassen? Antworten auf diese und weitere Fragen gibt die neue Broschüre „Der Minijob – Da ist mehr für Sie drin!“. Sie wurde jetzt von der Freiburger Kontaktstelle Frau und Beruf und der städtischen Frauenbeauftragten veröffentlicht.

Die Broschüre wurde gemeinsam mit den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landkreise Emmendingen und Breisgau-Hochschwarzwald herausgegeben. Sie ist kostenfrei an der Bürgerberatung des Innenstadtrathauses am Rathausplatz erhältlich und steht als Download bereit unter:

- [www.frauundberuf.freiburg.de](http://www.frauundberuf.freiburg.de)
- [freiburg.de/frauenbeauftragte](http://freiburg.de/frauenbeauftragte)



# Online-Beratung Fernstudium

Der Wegweiser Bildung und die Fernuniversität in Hagen laden alle Fernstudieninteressierten zu einer offenen Online-Studienberatung am Samstag, 28. November, ein.

Die staatliche Fernuniversität in Hagen bietet Bachelor- bzw. Master- Fernstudiengänge sowie Weiterbildungskurse in den Bereichen Psychologie, Wirtschaft, Recht, Mathematik und Informatik sowie Kultur- und Sozialwissenschaften an. Das ortsunabhängige und zeitlich flexible Fernstudiensystem eignet sich für ein Teil-, Vollzeit- oder Gasthörerstudium insbesondere neben Beruf oder Ausbildung, während der Familienphase oder einem Auslandsaufenthalt. Die Fernuniversität steht sowohl Interessierten mit Abitur als auch beruflich Qualifizierten ohne Abitur offen. Die offene Beratung erfolgt ohne Anmeldung online unter <https://emeeting.fernuni-hagen.de/webi3/>

Termin: Sa, 28.11., 11–13 Uhr. Weitere Informationen unter [www.wegweiser-bildung.de](http://www.wegweiser-bildung.de)

# Tipps zum Energiesparen

Im Rahmen des Förderprogramms „Klimafreundlich Wohnen“ werden wieder kostenlose Energieberatungen angeboten. Am Freitag, 20. November, finden Individualberatungen statt, bei welchen Fragen von Hausbesitzerinnen und Hausbesitzern zu geplanten Sanierungsvorhaben beantwortet werden. Neben persönlichen Treffen im Rathaus im Stühlinger sind auch Online- oder Telefontermine möglich.

Die geplante Besichtigung eines sanierten Objekts wird aufgrund des aktuellen Pandemie-Geschehens ausgesetzt. Stattdessen wird es ein Dossier mit Informationen zu Fördermöglichkeiten und energetischer Sanierung geben. Dieses kann beim Umweltschutzamt und der Energieberatung Regio Freiburg angefragt werden. Alle Angebote sind kostenfrei.

Termin: Fr, 20.11., 13–16 Uhr. Anmeldung unter [www.earf.de](http://www.earf.de), [veranstaltung@energieagentur-freiburg.de](mailto:veranstaltung@energieagentur-freiburg.de) oder (0761) 79177-17. Weitere Informationen unter [www.freiburg.de/klimawohnen](http://www.freiburg.de/klimawohnen)

# Hilfe für Risikogruppen

Angesichts der hohen Corona-Infektionszahlen bieten viele Freiburger Vereine und Initiativen ehrenamtlich Hilfe für Risikogruppen an. Alle Hilfsangebote hat jetzt das städtische Seniorenbüro zusammengestellt. Wer Einkäufe oder Besorgungen nicht mehr selbst erledigen kann, findet in der Übersicht zahlreiche Kontakte und Hilfeangebote. Alle Unterstützungsleistungen sind kostenlos. Die Liste des Seniorenbüros kann man unter [www.freiburg.de/senioren](http://www.freiburg.de/senioren) unter Aktuelles herunterladen oder sich kostenlos per Mail oder per Post zusenden lassen. Nach telefonischer Anmeldung kann man die Liste auch beim Seniorenbüro abholen.

Seniorenbüro Fehrenbachallee 12 Dienstzeiten: Mo–Fr, 9–16 Uhr, Tel. 0761/ 201-3032 (persönliche Termine nach Vereinbarung). Internet: [www.freiburg.de/seniorenbuero](http://www.freiburg.de/seniorenbuero)

# Parkdeck wird abgebrochen

Die Faulerpalette, ein Parkdeck in der Faulerstraße, ist derzeit wegen statischer Mängel gesperrt. Am Mittwoch, 18. November, soll mit dem Abbruch der Betonkonstruktion begonnen werden. Bereits ab Freitag, 13. November, werden in dem Bereich deshalb Halteverbotsschilder aufgestellt. Nach dem Abbruch wird das Gelände aufgefüllt, asphaltiert und es werden Parkplätze markiert. Die Arbeiten sollen vor Weihnachten in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Weitere Informationen über aktuelle Baustellen in der Stadt Freiburg finden sich unter [www.freiburg.de/baustellen](http://www.freiburg.de/baustellen)

# Bürgerbeteiligung bei Geothermieprojekt startet

## Regionale Online-Konferenzen für die Bürgerschaft geplant

Der südliche Oberrhein gehört zu den Regionen in Deutschland mit den größten geothermischen Potenzialen. Vor allem unter Klimaschutzgesichtspunkten ist die CO<sub>2</sub>-neutrale Erdwärme sehr interessant.

Deshalb fordert die Landesregierung Baden-Württemberg, die Chancen der Tiefengeothermie als regional verfügbare Energiequelle näher zu untersuchen. Auch die Badenova möchte sich als regionaler Wärmeversorger dieser Herausforderung stellen und die Potenziale zusammen mit den Kommunen und der Bürgerschaft genauer unter die Lupe nehmen. Die Stadt Freiburg begrüßt diese Initiative und sieht hier großen Chancen für den Klimaschutz. Bereits Ende Oktober hat ein Auftaktgespräch mit allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern zwischen Freiburg, Breisach und Müllheim stattgefunden. (s. Amtsblatt v. 6.11.2020).

In zwei Regionalkonferenzen werden nun im zweiten Schritt interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem gesamten Untersuchungsgebiet ausführlich über Geothermie informiert und damit der Dialogprozess eröffnet.

Im weiteren Verfahren sollen Potenzialgebiete und konkrete Zielgebiete identifiziert werden. Mehrere Gremien aus Bürgermeistern, Fachleuten und zufällig ausgewählten Bürgervertretern sollen die weiteren Schritte begleiten. Die Bürgerschaft soll sich mithilfe einer neutralen Moderation aus erster Hand über Geothermie, die Potenziale in unserer Region und die geplanten Untersuchungen informieren und ergebnisorientiert diskutieren. Für die Online-Konferenzen sind folgende Termine geplant:

25.11. oder 2.12. (Ausweichtermin), jew. 17–19 Uhr

Die Anmeldung erfolgt unter [www.dialogbasis.de/tiefengeothermie](http://www.dialogbasis.de/tiefengeothermie). Anschließend erhält man eine Bestätigung mit weiteren Informationen zu den Untersuchungen und einen Link zur Einwahl zum Veranstaltungszeitpunkt. Bereits dann kann man schon erste Fragen an das Projektteam senden.

# Online-Themenabend

Freiburger Einrichtungen und Projekte präsentieren beim Themenabend des Wegweisers am Montag, 30. November, ihre kostenlosen Bildungsangebote, wie beispielsweise kostenlose Deutschkurse, Unterstützung bei Bewerbungen und EDV-Fragen und weitere kostenlose Bildungsangebote. Der Themenabend richtet sich an Ratsuchende und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Die Teilnehmenden erhalten nach Anmeldung die Zugangsdaten per Mail.

Termin: Mo, 30.11., 18–19.30 Uhr

Anmeldung: Tel. (0761) 368-95 33, E-Mail: [webi@bildungsberatung-freiburg.de](mailto:webi@bildungsberatung-freiburg.de)

Weitere Informationen unter [www.wegweiser-bildung.de](http://www.wegweiser-bildung.de)

# Wegweiser berät persönlich

Der Wegweiser Bildung, die zentrale Anlaufstelle der Stadt Freiburg für alle Fragen rund um Bildung, berät weiter auch persönlich. Wer eine Frage zu Schule, Ausbildung, Studium, Weiterbildung oder Anerkennung ausländischer Abschlüsse hat, kann ohne Termin im Wegweiser Bildung in der Stadtbibliothek am Münsterplatz vorbeikommen. Geöffnet ist der Wegweiser Bildung am Dienstagsvormittag von 10 bis 13 Uhr und dienstags bis freitags von 14 bis 17 Uhr. Wer nicht persönlich kommen möchte, kann sich auch per Telefon, Chat oder Video beraten lassen.

Weitere Informationen unter [www.wegweiser-bildung.de](http://www.wegweiser-bildung.de) und Tel. (0761) 201-2020.

# Der Schatz der Mönche kehrt zurück

## Ausstellung des Augustinermuseums und der Erzdiözese Freiburg

Fast tausend Jahre war das Kloster St. Blasien im Schwarzwald ein lebendiger Ort der Wissenschaft, des Glaubens und der Kunst – bis die Säkularisation 1806 der Abtei ein Ende setzte. Doch den Mönchen gelang es, ihre Kunstschatze nach Österreich zu bringen. Für die Ausstellung „Der Schatz der Mönche – Leben und Forschen im Kloster St. Blasien“ kehren die weltberühmten Spitzenwerke in ihre Heimatregion zurück.

Ende November sollten sich die Türen öffnen. Doch wegen der Corona-Bestimmungen musste das Augustinermuseum den Publikationsstart verschieben. Die Ausstellung startet deshalb voraussichtlich am Dienstag, 1. Dezember, und läuft bis April.

Prachtvolle mittelalterliche Goldschmiedearbeiten, herausragende Beispiele der Buchmalerei und der Elfenbeinschnitzerei, reich verzierte liturgische Gewänder, barocke Messkelche, Gemälde und Skulpturen – 170 Objekte spiegeln die herausragende Bedeutung und den kulturellen Reichtum des Benediktinerklosters St. Blasien wider.

Seine größte Blüte erlebte St. Blasien in der Ära des Fürstbists Martin Gerbert (1720–1793). Er war über viele Grenzen hinweg vernetzt, sodass sein Einfluss weit über den Schwarzwald hinausging. Mit Kaisern und Fürsten rang er um Privilegien. Ein großer Teil der Kunstschatze kam während seiner Amtszeit in die klösterliche Sammlung. So ist auch der 300. Geburtstag Gerberts Anlass der Ausstellung.

Wenige Jahre nach dem Tod von Fürstbist Martin Gerbert kam es 1806 zur Auflösung des Klosters. Die Äbte hatten die Säkularisation frühzeitig kommen sehen und konnten eine Neuansiedlung der Mönche in St. Paul im Lavanttal in Kärnten organisieren. Dorthin brachten sie auch ihre Schätze.

Die groß angelegte Schau ist ein gemeinsames Projekt der Erzdiözese Freiburg und des Augustinermuseums in Kooperation mit dem Benediktinerstift St. Paul im Lavanttal. Sie wird gefördert von der Erzbischof Herman Stiftung der Erzdiözese Freiburg. Kurator ist der Kunsthistoriker Guido Linke.

Ausstellung „Der Schatz der Mönche“ im Augustinermuseum voraussichtlich ab 1.12. bis 11. April 2021

Öffnungszeiten und Tickets: Di–So 10–17 Uhr, Fr 10–19 Uhr. Eintritt 7 Euro, ermäßigt 5 Euro. Für Besucherinnen und Besucher unter 27 Jahren, Mitglieder des Freundeskreises und mit Museums-Pass-Musées ist der Eintritt frei.

Beratung und Buchung von Führungen: Tel. (0761) 201-2501



# Verkauf von Schmuckreisig

Auch in Corona-Zeiten macht das Forstamt für soziale Einrichtungen das Selbstschneiden von Reisig möglich. Unter Beachtung der Hygienevorschriften übernehmen die Abteilungen Oberstadt und Wiehre der Jugendfeuerwehr den beliebten Schmuckreisigverkauf. In Kooperation mit dem Forstamt verkauft die Jugendfeuerwehr das Reisig in kleinen Mengen, nachdem sie es selbst im Stadtwald gewonnen hat. Das Reisig stammt aus dem Stadtwald, der nach hohen Umweltstandards vorbildlich bewirtschaftet wird und FSC-zertifiziert ist. Der Verkauf findet nur am morgigen Samstag, 21. November, von 9 bis 13 Uhr auf dem Parkplatz des Feuerwehr-Gerätehauses in der Urachstraße 5 statt. Das Reisig wird in haushaltsüblichen Mengen abgegeben.

Auch in Corona-Zeiten können Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen das Reisig für Kindergärten und andere soziale Einrichtungen an gefälltten Bäumen im Wald selbst gewinnen. Dazu schlägt das Forstamt in der Woche vom 23. bis 27. November im Sternwald beim Sternwaldeck Tannen ein und legt sie in der Nähe des Fußwegs Richtung Sternwaldwiese zwischen Sternwaldeck und dem neuen Bewegungspark ab. Dorthin gelangt man nur zu Fuß. Bitte beachten: Auch beim Abholen sind die Hygienevorschriften einzuhalten.

# Stellenanzeigen der Stadt Freiburg

unter [www.wirliebenfreiburg.de](http://www.wirliebenfreiburg.de)